



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

36. Sitzung (öffentlich)

5. September 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

hier: **Einzelplan 08**

Vorlage 14/1186

Der Ausschuss nimmt den Einführungsbericht durch Ministerin Christa Thoben (MWME) in den den Ausschuss betreffenden Bereichen entgegen. Die Detailberatung findet am 17. Oktober statt, die Antrags-sitzung ist für den 7. November vorgesehen.

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten

10

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4209

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

3 Ladenöffnungsgesetz NRW: Die Aufweichung der allgemeinen Ausnahmeregelung zurücknehmen und den Sonn- und Feiertagsschutz nicht weiter aushöhlen 12

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4884

Der Ausschuss verständigt sich vor dem Hintergrund der Ausführungen des Vorsitzenden zu den Mitberatungsfristen darauf, den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 17. Oktober 2007 abschließend zu beraten und abzustimmen.

4 Strukturpolitik für das Bergische Städtedreieck 13

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4348

Der Ausschuss kommt ohne weitere Aussprache überein, das Thema in seiner Sitzung am 17. Oktober 2007 abschließend zu behandeln.

5 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3979

Ausschussprotokoll 14/452 und 14/455

Stellungnahmen siehe APr 14/452 und 14/455

In Verbindung damit:

6 Kommunale Wirtschaftskraft erhalten - Lebensqualität der Menschen in NRW sichern 14

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3837

Ausschussprotokoll 14/452

Stellungnahmen siehe APr 14/452

Der als Tischvorlage eingereichte Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP (siehe auch Drucksache 14/4981) wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Der als Tischvorlage eingereichte Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (siehe auch Drucksache 14/4981) wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

In der Schlussabstimmung wird der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/3979 in der sich durch die Diskussion ergebenden geänderten Fassung mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/4961 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/3857 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

7 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 19

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4486 wird ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der SPD-Fraktion abgelehnt.

Seite

8 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3977

Vorlage 14/1133

Ausschussprotokoll 14/437

Stellungnahmen siehe APr 14/437

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/3977 wird ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit von CDU, FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

9 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes 21

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4232 und
Vorlage 14/1133

Ausschussprotokoll 14/437

Stellungnahmen siehe APr 14/437

Der Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/4232 wird ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

10 „Älter werden -aktiv bleiben“ - Potenziale älterer Menschen erkennen und aktivieren 22

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4243

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/4243 wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss weitergeleitet.

Seite

11 Stammzellforschern aus NRW Teilnahme an Europäischer Datenbank ermöglichen 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4349

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4349 wird ohne Votum an den federführenden Ausschuss weitergeleitet.

12 Regionale Initiative aufgreifen - Nationalpark Siebengebirge voranbringen! 25

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4478

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/4478 wird nach kurzer Aussprache ohne Votum an den federführenden Ausschuss weitergeleitet.

13 Verschiedenes 27

Siehe Seite 27 des Diskussionsteils!

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps** alle Anwesenden, insbesondere Ministerin Thoben, und stellt das Benehmen über die Tagesordnung her.

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

hier: **Einzelplan 08**

Vorlage 14/1186

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps erläutert das bisherige Beratungsverfahren: Der Landtag habe den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 nach der ersten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Federführung sowie an die Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen. Im hiesigen Ausschuss behandle man den Einzelplan 08. Ergänzt werde er durch den Informationsband (Vorlage 14/1186). In der heutigen Sitzung solle der Ausschuss die Einführung in den Einzelplan 08 durch Ministerin Thoben entgegennehmen. Am 17. Oktober seien die Bewertungen der Fraktionen sowie Fragen an die Landesregierung vorgesehen. In seiner Sitzung am 7. November tage der Ausschuss abschließend und führe seine sogenannte Antragsitzung durch.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie erstattet dem Ausschuss ihren einführenden Bericht in den Einzelplan 08, den sie auf Wunsch aus dem Ausschuss für eine vertieftere Aussprache in den Folgesitzungen schriftlich zur Verfügung stellen wird (siehe auch Vorlage 14/1275).

Thomas Eiskirch (SPD) betont, unbeschadet einer detaillierten Aussprache sei es heute schon angebracht, über die allgemeine wirtschaftliche Situation Nordrhein-Westfalens und den Haushalt zu reden. So habe etwa der Bundesverband der Mittelständischen Wirtschaft mit Datum vom 27. Mai verlauten lassen, die Unterstützung des Mittelstandes durch die Landesregierung basiere vor allem auf organisatorischen Veränderungen einschließlich eines neuen Vokabulars. Diese Sicht der Dinge finde er, Eiskirch, auch schon durch den letztjährigen Haushalt bestätigt. Der Haushaltsentwurf 2008 für das kommende Jahr zeichne sich sogar durch eine noch höhere Intransparenz aus, die es abzustellen gelte.

Er sehe den Mittelaufwuchs vor allem durch die Einbeziehung von Mitteln Dritter realisiert. Man könne durchaus davon ausgehen, dass Teile des Haushalts jenseits der Kohlefinanzierung vornehmlich Verschiebebahnhöfe für Bundes- und EU-Mittel seien.

Mit Ausnahme von TIP flößen in der Kofinanzierung für die Ziel-2-Mittel solche Mittel zusammen, die ihrem Ursprung nach eigentlich für schwächere Regionen bestimmt gewesen seien. Diese würden nunmehr für eine landesweite Wirtschaftsförderung genutzt.

Ausweislich des Haushaltsentwurfs sei nachzulesen, dass im Haushalt des Wirtschaftsministeriums 50 % der Mittel kofinanziert würden. Welche Möglichkeiten blieben noch für andere Bereiche übrig?

Die Mittelaufstellung, die sich auf die Ziel-2-Förderung beziehe, lasse kaum noch erkennen, welches Programm auf welche Weise finanziert werde. Ihm fehle eine Aufsplitterung der Zahlen mit einer entsprechenden Erläuterung: Welcher Wettbewerb etwa werde 2008 mit welchem Volumen stattfinden? Zahlen hierzu könne er weder dem Haushaltsentwurf noch dem Erläuterungsband entnehmen, sodass sich auch ihm nicht erschließe, welche Planungen die Landesregierung verfolge. An der Stelle offenbare sich reines Regierungshandeln, das sich der parlamentarischen Kontrolle entziehe.

Unter dem Strich vermittele der Haushalt nicht nur keine neuen Impulse, sondern führe speziell in Bezug auf die Ziel-2-Förderung zu einer erheblichen Intransparenz.

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD) greift die „Förderung junger Unternehmen“ auf. Die Ministerin habe sich auch mit Blick auf die Zukunft für die Meistergründungsprämie stark gemacht. Das begrüße seine Fraktion. Zu betrachten sei in diesem Zusammenhang die Arbeitsmarktpolitik an der Schnittstelle zwischen dem MWME und dem MAGS. Im Kapitel 11 029, Titelgruppe 60, werde die Bewilligung von Mitteln für investive Maßnahmen zur beruflichen Bildung thematisiert. Der Ausschuss solle sich gegen die massiven Investitionskürzungen in Höhe von 1,8 Millionen € aussprechen. Das Thema verdiene besondere Aufmerksamkeit.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, geht zunächst auf die Wortmeldung des Abgeordneten Eiskirch ein: Auch in Haushalten früherer Jahre - zum Beispiel dem von vor drei Jahren - seien etwa im TIP-Programm die Branchen nicht separat benannt worden. Das gelte im Übrigen auch für die Ziel-2-Förderung. Informationen zu den geplanten Wettbewerben seien sogar schon im Internet veröffentlicht worden. Sobald konkrete Inhalte zu Projekten verfügbar seien, informiere ihr Haus sehr schnell, zumal das auch im eigenen Interesse liege.

Nach ihrer Kenntnis recherchiere der vom Abgeordneten Eiskirch zitierte Bundesverband der Mittelständischen Wirtschaft nicht allzu ausführlich. Die Wettbewerbe seien aus dieser Ecke als „Bürokratie“ qualifiziert worden. Unmittelbarer Zugang zu öffentlichen Mitteln sei eingefordert worden. - Der mittelständischen Wirtschaft, so Ministerin Thoben, müsse allerdings auch „ein wenig Wettbewerb“ zugemutet werden dürfen.

Nicht zutreffend sei die immer wieder erhobene Behauptung, dem Ruhrgebiet würden Mittel entzogen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Ich habe das Wort „Ruhrgebiet“ gar nicht in den Mund genommen!)

- Aber von „strukturschwach“ sei die Rede gewesen. Entsprechendes Zahlenmaterial werde ihr Haus zur Verfügung stellen. Nach ihrer Erfahrung könne sich das Ruhrgebiet im Wettbewerb darstellen. Die Rückmeldungen fielen positiver aus, als die SPD-Fraktion dies gerne hören wolle. - Zur finanziellen Absprache zwischen dem MAGS und dem MWME werde ihr Haus gesondert vortragen.

Thomas Eiskirch (SPD) begrüßt die Ankündigung der Ministerin, über die Einzelpläne hinweg herauszufiltern, wie es um die Ausstattungssituation in den Ausbildungsstätten bestellt sei.

Transparenz/EU-Mittel! Es wäre wichtig, die Differenzierung der Mittel im Zusammenhang mit den Clustern kurzfristig nachzureichen.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, erinnert daran, die Ziel-2-Mittelsituation lasse sich für jedes einzelne Ressort anhand des Haushaltsansatzes nachvollziehen. Der Haushalt sei an dieser Stelle äußerst transparent.

Der Erläuterungsband zum Einzelplan 08, so **Thomas Eiskirch (SPD)**, beschreibe die einzelnen Wettbewerbe sehr ausführlich. Die auf die einzelnen Wettbewerbe entfallenden Summen sollten nachgereicht werden. Die Gewichtung zwischen Wirtschaft, Innovation, Umwelt, Verkehr und Städtebau sollte für die jeweiligen Titelgruppen ausgewiesen werden.

